

Preis 1/2 Mark  
in Stadt, Orts-  
nach Nachbarn  
bestenfalls 1/2  
außerhalb 1/3  
einzelne der  
Verleger. Die  
Anzeigen der  
Anzeigenblätter  
1/2 Mark. Bei  
Abnahme der Son-  
ntagsblätter 1/2

Reg. Nr. 1877.



Die 1/2 Markige Heft  
über den Raum  
20 Pfennig. Die  
Kleinanzeigen über  
den Raum 40  
Pfennig. Bei  
Abnahme der  
Anzeigenblätter  
1/2 Mark. Bei  
Abnahme der Son-  
ntagsblätter 1/2

Verantwortlicher 11.

# Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 248      Druck und Verlag in Wittenberg.      Freitag, den 24. Oktober.      Anzeigenblatt für Pfalzgrafenweiler.      1919.

## England wollte schon 1908 die deutsche Flotte überfallen.

Auch in England beginnt ein Strom politischer Memoiren zu fließen, und wir werden somit auch von englischer Seite mancherlei Enthüllungen über das, was hinter den Kulissen gespielt hat, erleben. Zunächst sind die Memoiren des Admirals der Flotte, Lord Fisher, an der Reihe. Aber während die bei uns in den letzten Wochen erschienenen Memoiren nur immer weitere Einzelheiten über die Unzulänglichkeit der deutschen Politik und ihrer Träger, sowie über unsere unberechenbare Stimmungspolitik bringen, mit der wir schließlich das Vertrauen aller Mächte erschüttert haben, wird jetzt auf englischer Seite festgestellt, daß man an verantwortlicher Stelle in England schon 1908 mit dem Gedanken umgegangen ist, die deutsche Flotte mitten im tiefsten Frieden zu überfallen — so wie Nelson einst Kopenhagen überfallen hatte — und die England gefährlich und unbedenklich erscheinende Marine zu vernichten.

Die „Times“ teilen Auszüge aus den demnächst erscheinenden „Erinnerungen“ des Admirals der Flotte, Lord Fisher, mit. Ein an den König gerichtetes Schreiben vom 14. März 1908, in dem der Admiral auf die Unvermeidlichkeit des Kriegs mit Deutschland und die Bedeutung Australiens und der Türkei für einen solchen Krieg hinweist, ist folgende charakteristische Notiz des Admirals beigefügt:

Dieser Brief folgte auf eine lange geheime Unterredung mit Seiner Majestät, in der ich darauf drängte, daß wir die deutsche Flotte bei Kiel & in Nelson, „Kopenhagen“ (d. h. überfallen und vernichten) sollten, und darüber sagte, daß wir weder einen Pitt noch einen Bismarck besäßen, um den Befehl zu geben. Es muß betont werden, daß wir zu diesem Zeitpunkt eine Menge leistungsfähiger U-Boote hatten, Deutschland aber nur drei, ferner, daß wir sieben geschichtsbereite Dreadnoughts hatten, Deutschland aber keinen einzigen. Nachdem dieser mein Vorschlag abgelehnt war, blieb nichts übrig für unseren unvermeidlichen Krieg mit Deutschland, als die Zusammenziehung unserer gesamten Flottenstärke im entscheidenden Kriegstheater, in den nördlichen Gewässern. Und es wurde dies so unauffällig durchgeführt, daß erst Admiral Mahan in einem Artikel in dem „Navy“ in den „Americans“ die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkte, daß 88 v. H. von Englands Geschüßen auf Deutschland gerichtet seien.

Es folgt dann die Wiedererzählung eines schon 1907 geschriebenen Briefes, in dem der Admiral nachdrücklich für die Vernichtung Deutschlands eintritt und die Überlegenheit der englischen Flotte wie ihre Kriegsbereitschaft im einzelnen bespricht. Er gibt selber habe in einem geheimen amtlichen Schriftstück darauf hingewiesen, daß die englische Flotte viermal so stark sei wie die deutsche, und darin habe er völlig recht. Fisher berührt dann noch einen interessanten Punkt.

Die deutsche Admiralität habe sich 18 Monate mit dem Dreadnought-Problem gequält, ohne etwas zu tun, weil es für sie eine Ausgabe von 250 Millionen Mark bedeutete, den Kielkanal, sowie alle Häfen und Hafenzugänge zu vertiefen und zu erweitern. „Dann war aber noch ein anderer, nie bekanntgemachter Grund vorhanden. Unsere Schlachtschiffe, die wir groß machen müssen, um ihnen ein für Fahrten über die ganze Welt hinreichendes Kohlenfahrigkeitsvermögen zu geben, tauchen zu tief, um nahe an die deutsche Küste oder an die Liegeplätze in deutschen Häfen zu kommen. Aber die deutsche Admiralität ist trotzdem gezwungen, 12,5 Millionen Pfund für Bojagen auszugeben, um diesen unseren vorhandenen großen Schiffen zu ermöglichen, sie in ihren eigenen Gewässern zu bekämpfen, was sie vorher nicht tun konnten. Es war in der Tat eine nachträgliche Einmischung der Vorsehung zu unseren Gunsten, welche die Dreadnought-Entwicklung herbeiführte.“

## Der Untersuchungsaußschuß.

Berlin, 22. Okt.  
In der heutigen Sitzung des Untersuchungsaußschusses wurde die Besetzung des früheren deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff, fortgesetzt. Bernstorff erklärt, daß schon im Mai 1916 der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt war. Der Handel mit Deutschland kam nicht mehr in Betracht, hätte Wilson den Handel mit der Entente irgendwie gestört, so würde er die öffentliche Meinung in Amerika

gegen sich gehabt haben. Wilson hat auch immer erklärt, er könne nicht gegen die öffentliche Meinung auftreten. Die Amerikaner hätten auch bei der Friedensvermittlung unter allen Umständen völlige Wiederherstellung Belgiens gefordert.

Sodann besprach Bernstorff die sogenannten Verschwörungen, mit denen die deutschen Vertreter drüben nichts zu tun gehabt haben. Verschiedene Deutsche seien wegen Sabotage verurteilt worden, ohne daß er wisse, ob sie überführt seien. Deutsche Persönlichkeiten haben sich drüben bei ihm gemeldet, ohne über den Grund ihres Besuchs Auskunft zu geben. So sei ein angeblicher Kapitänleutnant Rinteln später in England verhaftet worden, mit dem die deutsche Regierung nach einem Telegramm des Staatssekretärs Jozow nichts zu tun gehabt habe. Viele haben sich als Deutsche ausgegeben, die in Wirklichkeit Spione der Entente waren. Zur Sabotagefrage erklärte Graf Bernstorff, er wisse heute noch nicht, ob eine solche wirklich von Deutschen verübt worden sei. Im September 1915 sei ein Bericht der österreichisch-ungarischen Botschaft in England dem Ueberbringer abgenommen worden, der den Vorschlag enthielt, man möge Geld hergeben, um unter den ungarischen Arbeitern in allen wichtigen Betrieben Amerikas Streiks zu inszenieren. Darauf wurde die Überzeugung des österreichischen Botschafters verlangt, nach Abberufung des deutschen Militär- und Marineattachés würden die militärischen Dinge in einem besonderen Bureau in Rom bearbeitet. Dieses wurde einer Tages von amerikanischen Beamten gestrichelt und die Akten mitgenommen. Proteste wegen der Verletzung der Exterritorialität wurden niemals entschieden, da inzwischen die Friedensaktion einsetzte.

Nach einer Frage des Vorsitzenden, welchen Eindruck die Antwort des Kaisers, die durch Gerard den Weg nach Washington gefunden habe, auf die Friedensvermittlung Wilsons im August 1914 in Washington gemacht habe, sagte Bernstorff, daß es sich gar nicht um eine Kennerung des Kaisers, sondern um eine amtliche Antwort der deutschen Regierung gehandelt habe. Der Kaiser habe damals an Wilson wegen der Grenz der belgischen Bevölkerung telegraphiert.

Abg. Stahmer stellt auf Grund der Akten fest, daß das Friedensangebot vom 12. Dezember in voller Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung und dem Kaiser in die Welt gegangen sei. Es folgt die Periode, die mit dem amerikanischen Friedensangebot beginnt. Nach Bernstorffs Ansicht hat die öffentliche Meinung in Amerika den Schritt Wilsons als deutschfreundlich angesehen. Er habe angenommen, daß die deutsche Antwort sagen wollte: wir wünschen eine Friedensvermittlung insoweit, daß eine Konferenz zustande kommt. Jetzt müsse er allerdings annehmen, daß unsere Antwort vom 6. Dezember die Absicht verfolgte, Wilsons Friedensvermittlung abzuschneiden. Zu dieser Auffassung sei er durch ein Telegramm des Kaisers gekommen, worin er gefragt wurde, warum er noch von Friedensvermittlungen Wilsons spreche, die doch gar nicht mehr beständen. Die Rote Wilsons sei absichtlich unsicher und tadelnd gehalten gewesen.

Der Kaiser habe bemerkt, daß er gar keinen Wert auf Wilsons Friedensangebot lege. Falls ein Bruch mit Amerika unvermeidlich wäre, sei das nicht zu ändern, es würde vorgegangen. Weiterhin erklärte Bernstorff, die deutschen Friedensbedingungen seien sehr maßvoll gewesen. Lansing habe erwidert, er verstände nicht, warum wir nicht ebenso viel fordern, wie die andern. Man könnte sich dann auf der mittleren Linie einigen.

Zu der Frage der Ablehnung durch die Entente erklärte Bernstorff, Wilson habe ausgesprochen, daß die Entente die Absicht habe, uns zum Unterseebootkrieg zu bringen, um die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Bei den vertraulichen Verhandlungen seien öftere Äußerungen des Obersten Hauses laut geworden, die Entente würde unter allen Umständen versuchen, einen Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten herbeizuführen. Wilson habe einen Augenblick abwarten wollen, wo keiner der beiden Kriegführenden noch die Hoffnung hatte, den Sieg zu erringen. Er habe immer gesagt, er strebe keine Friedensvermittlung an, solange irgendwelche Streitpunkte mit Deutschland vorhanden seien.

Borsigender Warmuth: Vom Staatssekretär Zimmermann ist Ihnen mehrfach nahegelegt worden, einen energischen Druck Wilsons auf England zu veranlassen, namentlich für ein Ausfuhrverbot. Sie sollen daraufhin erklärt haben, das sei nicht gut möglich, weil Wilson Rücksicht auf den amerikanischen Handel zu nehmen habe. Graf Bernstorff: Die Situation hatte sich wesentlich geändert, als Wilson wieder gewählt worden war.

und zwar auf Grund des Programms, den Frieden erhalten zu wollen und die Kriegsbereitschaft der Vereinigten Staaten zu erhöhen. Die Stimmung der Industrie war nicht mehr gegen einen für uns günstigen Frieden, wie früher. Bernstorff sagt weiter: Er habe an den guten Willen Wilsons geglaubt, den Frieden zu vermitteln. Nach Wilsons Äußerungen sollte es ein Frieden ohne Sieg sein, und er habe dies so verstanden, daß Deutschland seine Weltstellung behalten sollte. Niemand sei von amerikanischer Seite mit der Entente über einen Frieden verhandelt worden, worin auch nur die geringste Abtretung deutschen Gebiets uns zugemutet worden wäre.

Auch wenn kein äußerer Anlaß gewesen wäre, Deutschland den Krieg zu erklären, hätte die Entwicklung der Dinge nach amerikanischer (d. h. Wilsons) Auffassung voraussichtlich zum Eingreifen Amerikas geführt. — Bei dieser Erklärung Bernstorffs geht eine Bewegung durch den Saal.

Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

## Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 22. Okt.  
Ein ernstes Kapitel wurde in der heutigen Sitzung aufgeschritten: Die Verschleuderung von Heeresgut und Staatsvermögen in den Heereswerkstätten. Die Abg. Koch (D.nat.Vp.) und Marekly (D.Vp.) entrollten ein langes Sündenregister über das Verschwinden von Staatsgut, dessen Wert viele Millionen beträgt. Am schlimmsten sei es in den Militärwerkstätten zu Spandau unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte zugegangen; um dem Uebel zu steuern, hätte die Umstellung der 16 Heeresbetriebe in „Zivillbetriebe“ viel früher vorgenommen werden sollen. Marekly bemängelt es, daß bei gegenwärtiger Finanzlage für das Wohnhaus des Reichspräsidenten 22 Millionen und für den Neubau des Reichsministeriums des Innern 20 1/2 Millionen angefordert werden. Reichschatzminister Mayer betonte beglückwünschend, daß durch Umstellung Arbeiterbetriebe geschaffen werden sollen, deren Entwicklung allerdings ganz von dem Arbeitswillen der Beamten und Arbeiter abhängig. Es sei dafür gesorgt, daß in den neuen Betrieben die Techniker und Kaufleute bei der Besetzung der leitenden Stellen reichlich berücksichtigt werden. Auch darauf werde Bedacht genommen, daß die Betriebe dem Handwerk keine Konkurrenz machen.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts-Reichschatzministeriums.

Abg. Koch-Düsseldorf (D.nat.Vp.): Trotz allen guten Willens seitens des Reichsverwertungsamts sind Verschleuderungen im größten Maßstab erfolgt. Eine besondere Kommission zur Nachprüfung und Ueberwachung wäre erwünscht. Der Bericht des Ausschusses für Reichshaushalt über die Militärwerkstätten ist eine einzige Anklage. Das Gesamtministerium hätte viel früher Maßnahmen treffen müssen zur sofortigen Umstellung der Betriebe. Außer in Spandau ist es in allen anderen Werkstätten seit einem halben Jahre mit der Miswirtschaft immer weiter gegangen. Der Terrorismus der Soldatenräte hält die Arbeiter und Beamten in Furcht. Die Beamten fügen sich zum Teil aus mancherlei Gründen.

Generalkommissar Dr. Weinlig vom Reichsverwaltungsamt: Wir haben noch längere Zeit an verlustbringenden Aufträgen zu leiden. Bayern und Sachsen sind noch nicht angestrichen. Beide wollen sich bis Ende dieses Monats entscheiden, ob sie die Betriebe selbst übernehmen wollen. An die leitenden Stellen müssen wir Ingenieure und Kaufleute setzen. Wir haben auch Betriebe an 16 verschiedenen Orten. Wo sollen diese Leute so schnell herkommen? Wir mußten Kalkulationsbüros schaffen und Fällung mit der Kammer schaffen, die es noch nicht gab. Arbeiter und Angestellte müssen uns unterstützen. Sie müssen sich zum Teil beisehen.

Abg. Marekly (D.Vp.): Wir freuen uns, daß auch die Reichssozialisten einsehen, daß leitende Kräfte mit großer Bewegungsfreiheit und mit guter Bezahlung nötig sind.

Abg. Brühl (U.S.P.): Auch unter den neuen Herren werde wieder verordnet und befohlen, ohne Rücksicht auf die Rechte der Arbeiter. Es werde den Arbeitern jetzt verboten, ihre Betriebsversammlungen in den Werkstätten abzuhalten. Herrn Weinlig werden 240 000 Mark pro Jahr gezahlt, den Arbeitern werden aber die 5 Minuten Wäsche gestrichen. Auch dürfen sie während der Arbeitszeit kein Bad mehr nehmen.







**Legte Nachrichten.**

**W.B. Berlin, 24. Okt.** Der abgeschlossene Teil des deutsch-polnischen Abkommens, der sich auf Lieferungen und Verkehrsleistungen bezieht, enthält u. a. die Bestimmung, daß Polen bis zum 1. April 1920 etwa 6 Mill. Zentner Kartoffeln zu liefern hat. Die Verhandlungen über die Liquidierung der deutschen Verwaltung in Polen und über das Schicksal der deutschen Beamten, das geregelt werden soll, sind noch nicht abgeschlossen.

Der Voss. Ztg. zufolge erklärte die polnische Regierung, daß sie keine Änderungen mehr an der im Friedensvertrag festgesetzten deutsch-polnischen Grenze vornehmen könne, daß sie aber bereit sei, mit der deutschen Regierung über den Austausch einiger Grenzortschaften mit überwiegend deutscher Bevölkerung gegen deutsche Ortschaften, in denen das polnische Element überwiegt, in Verhandlungen zu treten.

**W.B. Atlantic City, 24. Okt. (Reuter.)** In der 1. formellen Sitzung der internationalen Handelskonferenz sagte der Vorsitzende der französischen Abordnung, Schneider, die Nationen, die sich während des Krieges vereinigt hätten, um den deutschen Militarismus zu zerschmettern, müßten auch jetzt zusammenstehen. Wir müssen vor aller Welt erklären, daß ohne Handelsbündnis die Welt aus ihrem Siege als Besiegte hervorgehen würde, während Deutschland den Krieg gewonnen hätte.

**W.B. Paris, 24. Oktober. (Havas.)** Der König von Spanien ist gestern nach London abgereist.

**W.B. Berlin, 24. Okt.** Infolge der Sperre der deutschen Schifffahrt in der Ostsee hat dort auch die gesamte Minenräumtätigkeit eingestellt werden müssen. Die deutsche Marinekommission hat der internationalen Marinekommission die planmäßige Fortsetzung der Arbeiten im Interesse der internationalen Schifffahrt und Fischeret vorgeschlagen.

**W.B. Berlin, 24. Okt.** Aus Leipzig wird dem Berliner Tageblatt mitgeteilt: In einer geheimen Sitzung des „Roten Soldatenbundes“ wurde bekanntgegeben, daß seit Freitag der Vorsitzende des Roten Soldatenbundes König, und der Kassierer Koedel, mit der Kasse, in der sich 23000 Mark befanden, durchgegangen seien. Der Redner teilte dies den Anwesenden im Vertrauen mit und bat gleichzeitig um völliges Schweigen, um das Ansehen der kommunistischen Partei nicht zu schädigen. Es sei auch aus diesem Grunde umsonst ein Abfall von Mitgliedern zu erwarten, als dies schon die vierte Unterschlagung in der Leipziger Kommunistenpartei sei.

**W.B. Duisburg, 24. Okt.** Der Ausfall links des Rheins ist größtenteils beendet. Die Straßenbahnen sind wieder in Betrieb, dagegen beschloßen die Eisenbahnen und

ein Teil der Bergleute, noch im Ausstand zu verharren. Die belgischen Besatzungsbehörden haben die Verkehrsbeschränkungen (das Verbot, nach 9 Uhr abends die Straßen zu betreten) in Kraft gesetzt und die Zensur wieder eingeführt.

**W.B. Berlin, 24. Okt. W: grausam die Ostseeblockade ist,** weist die Deutsche Allgemeine Zeitung nach. Die Ostseefischer leiden große Entbehrung. Die Kohlenversorgung Ostpreußens ist trostlos. Die Reichsregierung kann Eisenbahnwagen zu Kohlentransporten nach Ostpreußen nicht in genügender Zahl zu Verfügung stellen, da diese für Lieferungen an den Verband gebraucht werden. So sind deutsche Familien dem Hunger ausgesetzt, während der Verband unerbittlich auf der Kohlenlieferung besteht. Die Blockade gefährdet auch die Kohlenversorgung Mittel-Deutschlands. Dazu kommt das Ausbleiben von Lebensmitteln, Fleisch, Kartoffeln und Getreide aus den neutralen Ländern. Die Aufhebung der Blockade muß unbedingt verlangt werden, denn ihre Folgen sind von unabsehbarer Wirkung für die Volksgesundheit und die Volkswirtschaft.

In der Täglichen Rundschau wird gefragt: Wie lang soll die Entente ungekräftigt mit dem deutschen Volk schindeln, der treiben dürfen?

Der Vormärts schreibt: Wir beklagen uns nicht mehr im Krieg mit der Entente, aber die unschuldige Bevölkerung Deutschlands wird erneut durch Maßnahmen in Sorge und Not versetzt, die einen Skandal darstellen. Weil die Gegner die Ostsee blockierten, hat die deutsche Flotte jetzt in mehreren Ztr. Ausfall. Dadurch werden die Fischer ohne Schuld finanziell und das Volk in seinen Ernährungsinteressen geschädigt. Die Ostpreußen laufen Gefahr, für den Winter keine Kohlen zu haben, wenn nicht sofort die Blockade aufgehoben wird. Die Entente lasse uns in Frieden; damit würde sie den ersten Schritt für einen wirklichen Frieden tun.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Subula Brul.

**Geschäftliche Mitteilungen.**

**Ergenzlingen, 23. Okt.** Die Wirtschaft zur Traube hier (Besitzer Wilh. im Kleindenk hier) ging nebst Inventar, durch Kauf in den Besitz des Peter Paul Ren, Landwirts in Rottenburg a. N., um den Preis von 25000 M. über. — Der Abkauf erfolgte durch das Immobilien- und Hypothekengeschäft Albert Preßburger in Horb a. N.

**Unsere Zeitung bestellen!**

**Ausschneiden, Aufbewahren!**  
Der neue Posttarif. (Inland)

Postkarten im Ort- und Kreisverkehr 10g, Fernverkehr 15g  
Briefe im Ort- und Kreisverkehr bis 20g - 15g, 20-25g - 20g, im Fernverkehr bis 20g - 20g, 20-25g - 25g  
Rohrpostkarten - 50g, Rohrpostbriefe - 60g  
Druckzettel bis 5g - 5g, 5-10g - 10g, bis 25g - 20g  
Druckzettel über 10g, Geschäftsbriefe, bis 25g - 20g, 25-50g - 30g, 50-100g - 40g, 100-200g - 50g  
Postaufträge - 15g, Einschreibgebühren - 30g, Nachnahmegebühren 25g  
Briefe mit Wertangabe, Fernverkehr bis 20g - 15g, 20-25g - 20g, im Fernverkehr bis 20g - 20g, 20-25g - 25g  
Ebenfalls eine Versicherungsgebühr von 10g für je 1000 M. Wertangabe

Postanweisungen bis 5 M. - 20g, über 5 - 100 M. - 40g, über 100 - 250 - 60g, über 250 - 500 - 80g, über 500 - 1000 - 100g

Pakete (Nettogewicht 20 kg) Express (bis 75 kg) bis 5 kg - 0,75 M., über 5 - 10 - 1,50 M., 10 - 25 - 2,50 M., 25 - 50 - 4,00 M., 50 - 75 - 5,00 M., 75 - 100 - 6,00 M.

Perzente (über 15 kg) bis 5 kg - 0,75 M., über 5 - 10 - 1,50 M., 10 - 25 - 2,50 M., 25 - 50 - 4,00 M., 50 - 75 - 5,00 M., 75 - 100 - 6,00 M.

Telegramme für gewöhnliche Telegramme in der Länge in der Länge im Ort- und Kreisverkehr bis 10g, im Fernverkehr bis 15g, für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr bis 15g, für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr bis 15g, für gewöhnliche Telegramme im Fernverkehr bis 15g

**Der neue Posttarif im Verkehr mit dem Auslande**

Österreich, Luxemburg, Tschecho-Slowakei, Ungarn Gebührensätze wie im inneren deutschen Verkehr z.B. Brief bis 20g - 20g, 20-25g - 25g, 25-50g - 30g, Postkarte 15g

Das übrige Ausland Briefe bis 20g - 30g, jede weitere 20g - 10g mehr, Postkarte 15g

Mindestgebühr für Geschäftsbriefe 30g, Wertangabe 10g

**Mutmaßliches Wetter.**  
Der Hochdruck weicht nach Osten zurück. Im Westen zieht eine Störung auf, unter deren Einfluss am Samstag und Sonntag zunehmende Trübung bevorsteht. Das Wetter wird aber in der Hauptsache noch ziemlich mild und trocken bleiben.

**Epilberg.**  
**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und beim Hinscheiden meines lieben Gatten und Vaters  
**Johann Georg Steeb**  
Kalkbrenner  
für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Jeller, den erhabenden Gesang des Herrn Hauptlehrers Drey mit seinen Schülern und der Geschwister im Herrn, sowie für die Blumenspenden und Begleitung zur letzten Ruhestätte sagen aufrichtigen Dank  
**die trauernden Hinterbliebenen.**

**Atelier für moderne Fotografien**  
**Albert Grossmann, Altensteig**  
empfehlenswert für fachmännisch ausgeführte fotografische Aufnahmen aller Art in moderner Ausführung. Hochzeits- und Familienaufnahmen in und ausser dem Atelier. — Vergrößerungen unter Garantie nach jedem Bilde in schwarz und farbig.  
**Sonntags bis 4 Uhr geöffnet!**

**Ebhhausen.**  
**4 bis 5 tüchtige**  
**Möbelschreiner**  
finden sofort dauernde Beschäftigung bei  
**Peter Enzlen, Möbelfabrik.**

**Altensteig-Stadt.**  
Von der Landesbesoldungsstelle sind durch Vermittlung des Kommunalverbands angeboten:  
**instandgesetzte Infanteriestiefel**  
zum Preis von 15—20 Mk.  
**instandgesetzte Schniirschuhe**  
zum Preis von 10—15 Mk.  
Bestellungen sind bis Montag, den 27. ds. Mts. beim Stadtschulheisensamt anzubringen.  
Den 24. Oktober 1919.  
**Städtisch. Amt:**  
Weller.

**Reichsbund**  
Ortsgruppe Altensteig u. Umgebung.  
**Morgen Samstag 25.,** mitt. von 1/4 Uhr ab im Gemeindehaus  
**Ausgabe der bestell. Teppiche**  
der Vorstand.

**Altensteig.**  
**Verloren**  
ging am Montag Vormittag zwischen Epilberg und hier ein  
**Wachseil.**  
Der Finder wird um Abgabe gegen Belohnung in der Exp. ds. Bl. gebeten.  
**Gefundene:**  
Magold: Johanna Hiller, 80 J.  
Obertalheim: Gottl. Bischof, Schäfer, 51 J.  
Niedlingen: Andreas Mayer, Forstmeister.  
Um: Dr. med. Jos. Müller, Stabs-Veterinär.

**Die Verfassung des Deutschen Reichs**  
vom 11. August 1919  
Verfassungsurkunde m. Inhaltsangabe, Ueberschriften u. Sachregister besprochen von  
**Conrad Haufmann**  
Vorsitzender des Verfassungsausschusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.  
**Preis gebestet Mark 2.20** (einschl. Leutungs-Zusatzlag.)  
Unentbehrlich für jeden deutschen Staatsbürger und jede deutsche Staatsbürgerin!  
Zu beziehen durch die  
**W. Rieker'sche Buchhandlung.**

**Am nächsten Sonntag Sprechstunde**  
11—12 1/2 Uhr und Dienstbereltschaft  
**Dr. Richard Vogel**  
beim Waldhorn  
Telefon Nr. 12.

**Altensteig.**  
**Mais = Gries**  
und  
**Mais = Mehl**  
ist zu haben bei  
**E. W. Luz Nachfolger**  
Fritz Bühler jr.

**Pfalzgrafenweiler.**  
**Gemeinschaft der süddeutschen Vereinigung für Evangelisation u. Gemeinschaftspflege.**  
**Herzliche Einladung**  
zur Feier des Erntedankfestes am Sonntag, den 26. Okt., nachm. 1/2 3 Uhr im Gemeinschaftslokal.  
Abends 1/2 8 Uhr Missionsversammlung.

**Droginal-Bonbons**  
schützen vor Husten, Halsschmerzen, Entzündung der Atmungsorgane zu haben  
**Schwarzwald-Drogerie**  
**+ Altensteig +**  
— Telefon 41 —